

Wir müssen reden, ohne zu klagen - wie weiter bei den Reformern

Mal was für die "Reformer" in der LINKEN vor ihrem "Ratschlag".

(Anmerkungen im Anschluss am Beitrag von Luise Neuhaus - Wartenberg & Stefan Liebich zur Weiterarbeit im Fds)

Jörg Prella, Micki Riese (Fds Hessen)

Es ist sehr verständlich, wenn sich wegen der Niederlagen auf dem Parteitag aber vor allem auch aufgrund der organisatorischen Schwäche und Unzulänglichkeiten des Fds Enttäuschungen breit machen und formuliert werden.

Es ist auch sicherlich kein Vergnügen, wenn manche in der Partei sich an uns als die „Rechten in der LINKEN“ wie an einem Punchingball abarbeiten. Dabei wird man den Eindruck nicht los, Verbalradikale bräuchten das fds, um verlorene historische Schlachten gegen den Reformismus neu auszutragen. Hingegen verfällt der wortreiche Radikalismus in einer pragmatischen Alltagspraxis oftmals politischen Vorschlägen, für die die Bezeichnung Reformismus in seinem klassischen, Bernstein'schen Sinn noch recht schmeichelhaft wäre.

Die Strömungsgruppierungen in der Partei genießen in der Mitgliedschaft insgesamt keinen guten Ruf. Das mag sicherlich damit zusammenhängen, dass ihnen der Ruch anhaftet, Strippenzieher um Posten und Macht zu sein. Dies vor allem in einem innerparteilichen Umfeld, in dem die politische Differenz gerne in der Form der persönlichen Intrige ausgetragen wird .

Allerdings sind radikaldemokratische Reformpositionen in der LINKEN weitaus stärker verbreitet, als über das Fds repräsentiert. Das heißt aber auch, dass diese Positionen eine organisatorische Plattform und ein politisches Sprachrohr brauchen, auch wenn diese aktuell eher unzulänglich und vor allem intransparent erscheinen (siehe unten).

Die LINKE ist eine politisch heterogene Partei und sie trägt auch alte Gegensätze und Streitpunkte der sozialistischen Bewegung mit sich. Das macht Kompromissbereitschaft nötig. Eine Kultur des Kompromisses und gegenseitigen Respekts fehlt in der Partei so lange Kompromisse (nach innen und nach außen) als Abweichungen von der eigenen, korrekten Linie begriffen werden. Unter solchen Bedingungen nehmen 'Kompromisse' den Charakter von 'Deals' an, die politischen Stillstand und Handlungsunfähigkeit zur Folge haben.

„Er hat Vorschläge gemacht. Wir haben sie angenommen“ hatte sich Bert Brecht als mögliche Grabinschrift gewünscht. Das war zwar poetisch aber dann nicht politisch, wenn es um fundamentale Differenzen des politischen Ansatzes geht. Dann reicht es nicht, wenn das Fds "Angebote" im Rahmen von taktischen Aushandlungsprozessen macht (wie wir sie zur Genüge von Bundesparteitagen kennen), sondern dann muss das Fds um Meinungsführerschaft und Hegemonie kämpfen und auch Niederlagen in Kauf nehmen.

Das sehen wir beispielsweise zu zentralen Themenkomplexen, bei denen jeweils auf verschiedene Weise deutlich wird, dass sich der ehemals wenigstens politisch begründete 'Antiimperialismus' nach dem definitiven Scheitern des 'Realsozialismus' in ein Ost-West-

Blockdenken transformiert hat, das mehr auf Ressentiments als auf politischer Analyse basiert. Der "Westen" und mit ihm die "westlichen Werte" sind teilweise zu Kampfbegriffen geworden, mit denen das Kind der bürgerlichen Revolution und der Aufklärung mit dem Bad ausgeschüttet wird. Zur Erinnerung sei darauf hingewiesen, dass die ursprüngliche Triebfeder der Marxschen Kritik des Kapitals mit der Antwort auf die Frage verknüpft war, warum die Ziele der Aufklärung und die Forderungen der bürgerlicher Revolution uneingelöst blieben. Die Idee des Sozialismus zielte für alle maßgebenden Sozialisten vor dem Leninismus auf die Verwirklichung der Ziele und Ansprüche der bürgerlichen Revolutionen und Aufklärung (wenn man so will also "westlicher Werte") und nicht auf deren Abschaffung. Gegen diesen grundsätzlichen Ansatz hat sich in den letzten Jahren (vor allem um die Zeitung 'Junge Welt') ein Pol 'linker' Gegenaufklärung gebildet, der einen gewissen Einfluss auf Teile der LINKEN hat. Das drückt sich vor allem in der Parlamentarismus- und Bündnisdiskussion und in der Außenpolitik aus.

Das Verhältnis zum Parlamentarismus: Menschen, die sich an den Wahlen beteiligen verbinden damit zumeist Hoffnung auf Veränderung und sie lassen sich auf den Parlamentarismus ein. Auf was hier&heute auch sonst? Politromantisch mutet die Verklärung der schöpferische Kraft von Bewegungen in unserer Partei zumindest so lange an, solange quantitativ und qualitativ von ernsthaften "Bewegungen" auf der Straße" kaum gesprochen werden kann. Wo sonst sollten unter diesen Bedingungen Veränderungen wirkungsvoll eingebracht werden, als in den Parlamenten und wie sonst sollten Reformen, die sich an den Erwartungen und Hoffnungen der Menschen orientieren, als in einer parlamentarischen Bündnispolitik. Alles andere wäre purer Attentismus, der auf bessere Zeiten wartet und deklamatorisch auf die Erlösung durch die sozialistische Revolution hinweist. Da das aber nahezu jeder in der LINKEN weiß, verkommt das ritualhafte Gerede über die letzte Bedeutungslosigkeit der Parlamentsarbeit gegenüber der Beteiligung bei "den Kämpfen auf der Straße" zu einer typischen Sonntagsrede auf Parteitag. Besonders wenn sie von Mandatsträgern zur Inszenierung der eigenen Radikalität vorgetragen wird. Die Herabsetzung der Wirkmächtigkeit der eigenen Parlamentsarbeit wirkt nicht nur wie ein unfreiwilliger Aufruf zur Wahlenthaltung, sondern bedient nebenbei auch noch die antiparlamentarischen Reflexe aus der konservativen und rechten Ecke der Gesellschaft.

Die Reformer in der Partei bestehen darauf, dass die Parlamente, die das Ergebnis langer Kämpfe sind, ihre eigengewichtige und wirkungsvolle Rolle im Kampf um die Verbesserung unserer Gesellschaftsverfassung haben. Unsere politische Sprache entspricht der realen Praxis der Partei. Für Sonntagsreden hat man im Allgemeinen Bundespräsidenten, Könige oder Päpste.

Im Gegenteil, wir haben uns im letzten Europawahlkampf doch gerade erst für den Ausbau der demokratischen Legitimation des Europaparlaments eingesetzt. Insofern muss die Frage des Parlamentarismus, der Beteiligung an parlamentarischen Aushandlungsprozessen in Koalitionen oder als Opposition, sowie der weitere Demokratisierung der Gesellschaft ein Essential des Fds sein, damit die Praxis der Partei auch seine angemessene Sprache finden kann.

Außenpolitik, Völkerrecht und Krieg

Als Partei des demokratischen Sozialismus stehen wir auch außenpolitisch in der Tradition von Humanismus, Aufklärung und Internationalismus. Völkermord, Kriege sowie Völkerrechtsbruch und massenhafte Vertreibungen fordern von der LINKEN außen- und friedenspolitische Entscheidungen, die sowohl unseren Grundüberzeugungen entsprechen als auch aus der konkreten Entwicklung resultieren und sich nicht hinter dogmatischen „Haltelinien“ verkriechen. Die Alternative zwischen 'Haltelinie' und 'Einzelentscheidung'

markiert nicht die Grenze zwischen Prinzipientreue und Opportunismus, sondern zwischen Bekenntnis und Politik.

Die Tragödie des Krieges in der Ukraine zeigt, wie schwierig es ist, zu einer richtigen Haltung zu gelangen und welche Gräben sich auch innerparteilich ideologisch auftun. Wir verurteilen Krieg und Gewalt, gleichzeitig verteidigen wir Demokratie und Menschenrechte. Menschen, die in ihren Ländern gegen Korruption und Unterdrückung aufstehen und sich nach einer demokratischen Gesellschaft sehnen, die haben unsere Unterstützung verdient. Autokratische, aggressive Mächte, die Demokratie und Menschenrechte missachten können nur unsere politischen Gegner sein. Aktuell im Zusammenhang mit der Ukraine stellen wir wieder mal mit Erstaunen fest, welche geringe Rolle auch innerhalb der LINKEN die inneren Konfliktlinien von Ländern spielen und wie dominant andererseits die Diskussion der geostrategische Beurteilungen ist. Hier lebt nicht nur eine 'Ost-West'-Konfrontation als Ressentiment in manchen Köpfen mit der Konsequenz weiter, dass selbst offensichtlich autoritär regierende Potentaten als Feinde 'unserer Feinde' zu antiimperialistischen Freunden mutieren.

Dann werden allerdings alle Begriffe beliebig instrumentalisierbar. Man braucht bei einem aktuellen Vergleich linker außenpolitischer Positionierungen zum Syrien- und zum Ukrainekonflikt nicht mal nur auf die Flut von Lesermeinungen im ND und der JW zu verweisen, auch in den völlig entgegen gesetzten Interpretationen von Völkerrecht und nationaler Souveränität reichen schon die Erklärungen einer Bundestagsabgeordneten wie Sevim Dagdelen, um zu sehen wie unterschiedlich, d.h. wie instrumentell Souveränität und Völkerrecht im Fall der Krim-Annexion und Syrien politisch gewichtet werden.

Darüber hinaus ist offensichtlicher Völkermord gleich welcher 'Begründung', und von wem und in welcher geopolitischen Konstellation auch immer durch Sozialisten nicht hinnehmbar. Kambodscha und Ruanda - leider nur beliebige Beispiele - bleiben Schandflecken, die wir als LINKE nicht geopolitisch wegräsonnieren dürfen, weil in Völkermordfällen der alte - manchmal auch mißbrauchte Hinweis tatsächlich gilt, dass Ausschwitz von Soldaten befreit wurde.

Weil - unserer Ansicht nach - nicht Derjenige Friedenspolitiker ist, der das Wort 'Frieden' am schnellsten aus der Hüfte schießen kann, sondern derjenige, der sich Gedanken über eine nachhaltige Friedenssicherung macht und gleichzeitig auch kurzfristig Leben retten will, wünschen wir uns selbstverständlich eine LINKE der "Einzelfallprüfung". Wie übrigens in jedem anderen Politikbereich auch!

Für uns ist das insofern auch eine prinzipielle Frage, weil jeder instrumentelle Umgang mit Begriffen wie Frieden, Demokratie, Völkerrecht und Internationalismus eben auch etwas über die eigenen Vorstellungen von einer "andere Welt", über den Sozialismus verrät. Die innerparteilichen Konflikte über die außenpolitische Positionierung der Partei werden immer wieder mit besonderer Schärfe ausbrechen, weil sich in ihnen der begründete Verdacht nährt, dass wir in der Partei nicht nur über verschiedene Wege zu einem gemeinsamen Ziel streiten, sondern auch über gänzlich verschiedene Ziele.

Was tun mit der Strömung?

Aus allem ergibt sich, dass wir uns im Fds gefunden haben, nicht weil es uns danach ist, uns innerhalb unserer Partei noch zusätzlich in einer Parallelheimat 'Gleichgesinnter' wohl zu fühlen, Sektierertum ist uns persönlich außerordentlich fremd. Eher war es umgekehrt so, dass wir raus wollten aus der hermetischen politischen und gedanklichen Selbstisolation der

alten Linken, die Fenster zu einer, unserer Gesellschaft öffnen wollten. Zu einer Gesellschaft, die offensichtlich nicht gänzlich dem entsprach, wie wir sie uns früher gemalt hatten. Das setzte und setzt voraus, dass wir eine ganze Reihe von Denkmustern, politischen Instinkten und rückwärtsorientierte Haltungen "es war nicht alles schlecht" "die Zeit wird zeigen, dass wir Recht hatten" in der Partei überwinden und uns in der Partei zukunftsorientiert in offener Diskussion und Praxis fragen, welche gesellschaftlichen Alternativen wir anzubieten haben. Strategisch wie praktisch.

Fünfzehn Jahre nach der Wende stellen wir immer wieder in der Partei fest, dass tradierte linke Denk- und Verhaltensmuster zäher sind, als wir es uns vorgestellt hatten und wir verstehen jetzt besser, was Marx gemeint hat, wenn er schrieb "Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Weil sich also einige GenossInnen in der Auseinandersetzung mit dem linken Dogmatismus immer wieder zu vielen Anlässen in derselben 'politischen Argumentationsecke' der Partei wiederfanden, brauchen sie einen gesonderten Rahmen für Diskussionen, Erfahrungsaustausch und Unterstützung. Dies um so mehr, als Losungen wie: "Fragend schreiten wir voran" "Neue Soziale Idee" und "Neuer Sound" uneingelöste PR-Formeln eines Parteiapparats sind, der damit über die Wellen elementarer Konfliktlinien in der Partei zu surfen versucht.

Kurz: wir brauchen eigentlich eine Strömung die - zukunftsorientiert - die Auseinandersetzung mit dem Dogmatismus in der Partei bewusst führen will. Inhaltlich und personell. Das ist die eine Seite. Dem steht innerhalb des Fds eine Vorstellung entgegen, die uns als freundliches Zentrum des parteiinternen "Brückenbaus" sieht. Seit Existenz des Fds in der LINKEN oszilliert die Strömung unentschieden zwischen beiden Vorstellungen über ihre Funktion.

Dafür gibt es Gründe - auch gute Gründe. Aber verstärkt wird diese innere Unentschiedenheit noch dadurch, dass das Fds nie besondere Anstrengungen unternommen hat, regionale Basisstrukturen aufzubauen und ihnen Gewicht beizumessen. So ist aber ein politischer Prozess der Positionsbildung für die Mitglieder der Strömung intransparent und damit demotivierend. Verschärft wurde das Problem weiterhin durch den Hang, bundesweite Mitgliederzusammenkünfte als Delegiertentreffen einfachheitshalber und praktischerweise in das Umfeld von Parteitage zu verlegen. Auf diese Weise verkümmert eine als notwendig empfundene Strategiediskussion zu taktischen Absprachen über diesen oder jenen Antrag. Auch Personalvorschläge aus der Strömung werden ja nicht wirklich von irgendeinem Konsens getragen, der die paar Mitglieder des Bundesvorstands übersteigt. Und das, was Kandidaten inhaltlich auf den Parteitagen dann anbieten, basiert ebenfalls nicht erkennbar auf irgendwelchen identifizierbaren Diskussionsprozessen in der Strömung. Da muss man sich nicht über Niederlagen wundern.

Als x-beliebiges Fds Mitglied, das nicht in den Gängen der Bundestagsbüros (Unter den Linden 50) oder, was wissen wir, zwischen welchen Berliner Pizzarien flaniert, verbleibt im Wesentlichen eine Akklamationsrolle. Insbesondere für West-Fdslern, die auf der Basis ihrer Minderheitenpositionen zumeist eh schon außerhalb der hauptamtlichen Strukturen arbeiten, verliert das Fds einen praktisch-politischen Existenzsinn. Hat es in manchen Regionen bereits verloren und wir persönlich sehen auch keine Möglichkeit, dem entgegenzuwirken.

Jedenfalls dann, wenn alles so bleibt, wie es ist. Mit dem Ist-Zustand meinen wir die (nicht nur) für das Fds eigentümliche und intransparente Gemengelage aus formellen und informellen Strukturen. Diese kann man auf zwei verschiedenen Wegen auflösen. Entweder in Richtung auf seine stärkere Formalisierung von Diskussions- und Entscheidungsstrukturen oder auf das genaue Gegenteil: Seiner bewussten Informalisierung, (was nicht seine Auflösung bedeuten würde). Konkret heißen - unserer Ansicht nach - diese Alternativen:

1. Es muss dem Fds gelingen, einen funktionierenden und die Mitglieder integrierenden Diskussionszusammenhang herzustellen. Dafür gäbe es die Instrumente Newsletter (die einem Erfahrungsaustausch stärker geöffnet werden müssen), Regionalkonferenzen (da es kaum arbeitende Landesstrukturen gibt) und die jährliche Mitgliederversammlung (im Zusammenhang mit der Akademie (die auch praxisbezogener und integrierender konzipiert werden müssen)). Das sind keine Parallelstrukturen in der Partei, sondern offene Plattformen zur Diskussion von Reformstrategien, um die in der Partei zu ringen ist.

2. Das Fds löst seine formellen Strukturen auf und organisiert stattdessen 1x pro Jahr einen Kongress (er muss ja nicht heißen 'Reform is mus(s)' oder 'Bernstein is mus(s)', aber der Veranstaltungstyp ist damit klar. Dazu bedarf es eines Organisationskomitees (mit offenem Newsletter mit Bezug darauf), aber keine Vorstands- und Sprecherfunktionen und auch keine "Fds-Kandidaturen" auf Parteitag.

Beides sind zwar entgegen gesetzte Wege, die beide aber für sich jeweils den Vorzug klarer Verhältnisse nach außen und innen haben. Wenn wir überhaupt den zweiten Vorschlag gemacht haben, dann aus der Skepsis darüber, ob wir für den ersten, politischeren - Weg genügend Wille und Ressourcen haben. Beides ist aber besser, als die schleichende Auflösung bei Beibehaltung des jetzigen Zustands, weil das Fds aus unterschiedlichen Gründen im Westen wie im Osten mehr Schimäre für die 'Gegner' als gelebte Realität für die Unterstützer des Fds ist.

Wie wir uns auch pragmatisch entscheiden. Auflösen können wir uns alleine schon deswegen nicht, weil wir uns gerne in einer LINKEN sehen wollen, die nicht nur tagein tagaus den Menschen Krisen, Zerstörungen und Untergang androhen, wenn sie sich nicht sofort zum Sozialismus bekennen, sondern in einer Partei arbeiten wollen, die gangbare Vorschläge für die Gestaltung eines besseren Lebens macht. Oder wie es viel besser der Genosse des Pariser Fds-Büros (Heinrich Heine) immer wieder bei einem guten Glas Rotwein sagt:
Ein neues Lied, ein besseres Lied, O Freunde, will ich euch dichten!
Wir wollen hier auf Erden schon das Himmelreich errichten. - Heinrich Heine).